

5. April 2010

Pressemitteilung



EUGEN SCHLACHTER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Haus der Abgeordneten

Konrad-Adenauer-Straße 12

70173 STUTTGART

Telefon: 0711/ 2063 - 652

Telefax: 0711/ 2063 - 660

eugen.schlachter@gruene.landtag-bw.de

www.eugen-schlachter.de

Eugen Schlachter: „Ausnahmetatbestände bei der Mehrwertsteuer prüfen“

Der Grünen-Landtagsabgeordnete Eugen Schlachter teilt die Einschätzung von Städtetagpräsident OB Ivo Gönner im Bezug auf die prekäre Finanzsituation der Kommunen. Dies habe jedoch seine Hintergründe nicht nur bei den Gewerbesteuerückgängen sondern sei auch das Resultat von Steuersenkungen, welche zu Beginn dieses Jahres wirksam wurden.

Einer Mehrwertsteuererhöhung, wie von Gönner vorgeschlagen, erteilte Schlachter eine klare Absage, denn Steuererhöhungen die alle Bevölkerungsschichten erfassen passten nicht in die Zeit. Überdies führe das zu einem Rückgang der Binnennachfrage. „Um die Mehrwertsteuer als Einnahme zu stabilisieren müssen wir jetzt endlich die Ausnahmetatbestände prüfen“, fordert er. Da habe in den letzten Jahrzehnten die Lobbyarbeit verschiedener Interessengruppen ganze Arbeit geleistet. Ganz aktuell das Hotelgewerbe. Künstliche Tierbesamung und getrocknete Schweineohren, sofern sie zum Verzehr bestimmt sind, werden ermäßigt besteuert. Dann der Knackpunkt, die Lebensmittel. Für die unteren Einkommensgruppen sind nach Schlachters Vorstellungen Transferzahlungen zu bevorzugen; deshalb müssten nicht die Nahrungsmittel für alle billiger gemacht werden. „So etwas lässt sich auch aufkommensneutral machen und ist zugleich ein Beitrag zur Steuervereinfachung“, betonte er. Schätzungen zufolge findet wegen der unterschiedlichen Mehrwertsteuerschätze ein Missbrauch in einer Größenordnung von rund 10 Milliarden Euro jährlich statt. „Mit einem einheitlichen Mehrwertsteuersatz wäre dieses Thema in einem Handstreich behoben“

Überdies liege die Deutsche Steuergewerkschaft mit ihren Forderungen nach besserer Personalausstattung der Finanzbehörden genau richtig. „30 Milliarden Euro Steuerausfälle könnten dadurch vermieden werden“, beruft sich Schlachter auf diese Vereinbarung. Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg haben dazu bereits letzte Woche einen entsprechenden Vorschlag im Landtag eingebracht.

Außerdem, so Schlachter, müsse Politik – dazu gehören auch Bürgermeister und Oberbürgermeister – endlich wieder lernen nur so viel Geld auszugeben wie eben da ist bzw. eingenommen werde. „Es bedarf einer mutigen Aufgabenkritik auf allen Ebenen des staatlichen Handelns“, fordert Schlachter. Kommissionen, wie die Haushaltsstrukturkommission des Landes, sollten sich deshalb nicht nur zum Kaffeeklatsch treffen sondern endlich Vorschläge vorlegen.